

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 8 + 20 – Situation der Pflegeheime

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 283.04 / 26.08.2004

Neue Pflegeformen anstatt neuer Heime

Andere diskutieren in den letzten Wochen vor allem über Ein-Euro-Jobs in der Pflege, die Landesregierung Schleswig Holstein hingegen startet die nächste Phase ihrer Pflegequalitätsoffensive.

Eines Antrags der CDU bedarf es nicht, um die neue Sozialministerin an ihre Pflichten im Bereich der Pflege zu erinnern. Für sie hat die Verbesserung der Pflege höchste Priorität. Der Ansatz der Landesregierung die Pflege, besser gesagt die Menschen, die Pflege benötigen, in die Mitte der Gesellschaft zu holen, ist goldrichtig. Dies ist überfällig. Denn die Pflegesituation krankt immer noch daran, dass pflegebedürftige Menschen abgeschoben und allein gelassen werden.

Dies hat sich auch in der Debatte um die sogenannte „gefährliche Pflege“ und die Missstände in Pflegeheimen widerspiegelt. Stationäre Einrichtungen sind nur ein kleiner Teil der realen Pflege. Die Mehrzahl der Menschen möchte auch im Fall der Pflegebedürftigkeit zu Hause bleiben oder in kleinen überschaubaren Einheiten im sozialen Wohnumfeld gepflegt werden. Die Mehrzahl der Pflegbedürftigen wird auch heute zu Hause gepflegt. Hier müssen wir ansetzen.

Die nächste Stufe der Pflegequalitätsoffensive der Landesregierung und der rot-grüne Antrag zielen auf neue Pflegeformen, integrierte Pflegeausbildung und Etablierung von Pflegeforschung an unseren Hochschulen. Denn um die Pflege als Beruf aufzuwerten und angemessen zu bezahlen, bedarf es allerdings mehr als einer Imagekampagne. Auch hier geht die Landesregierung neue Wege mit einer gemeinsamen Ausbildung verschiedener Pflegeberufe.

Wir brauchen in erster Linie neue bedarfsgerechte Angebote für eine ambulante und teilstationäre Pflege, z.B. auch in Haus- und Wohngemeinschaften. Dieser Ansatz wird im Konzept „Pflege plus“ unterstützt und das begrüßen wir. Pflegeeinrichtungen sollen sich der Gesellschaft öffnen und neue Pflegeformen, insbesondere auch im ambulanten Bereich Raum gewinnen. Hierzu gehören auch mehr Projekte für das Miteinander von Jung und Alt. An dieser Stelle werben wir auch für den landesweiten Wettbewerb, den der Sozialausschuss und die Sparkassen zu diesem Thema ausgeschrieben haben.

Wir werden uns dabei besonders für dafür einsetzen, dass in Berlin so erfolgreich praktizierte Modell von professionell betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenzerkrankungen auch in Schleswig Holstein zu etablieren. Die Rundum-Betreuung und Pflege durch Fachkräfte in Wohngemeinschaften kostet nicht unbedingt mehr als ein Heimaufenthalt – oft sogar weniger. Sie sichert aber deutlich mehr Lebensqualität.

Einiges ist auch in Schleswig Holstein auf dem Weg: AWO, Brücke, Alzheimer Gesellschaft und Diakonie haben bereits mit neuen wohngemeinschaftsorientierten Projekten begonnen. Es kommt jetzt darauf an, wie in Berlin, die Pflegekassen von diesem Weg zu überzeugen.

Pflegedokumentation – ein zweifelsohne wichtiges und notwendiges Arbeitsinstrument für die Pflegenden – zu vereinfachen, so dass sie nicht wichtige Zeit und Energie bei der Pflege am Menschen abzieht, ist in Schleswig Holstein im Modell überzeugend gelungen. Dies wird auch über die Landesgrenzen hinaus Schule machen.

Auch mit dem Personalbemessungsverfahren PLAISIR ist Schleswig Holstein als Pionierin anderen Bundesländern vorausgegangen. Da jetzt bundesrechtlich keine Hindernisse mehr entgegen stehen, kann es endlich zu einer Aufstockung von Fachpersonal in den Pflegeheimen kommen. Wir erwarten zügige Verhandlungen mit den Kostenträgern.

Mehr Information über die Angebote und Finanzierung von Pflege, ein landesweites Not-Telefon, mehr Vernetzung aller Akteure, dies ist die Aufgabe des landesweiten Netzes von Pflegeberatungsstellen. Obwohl dies eigentlich eine kommunale Aufgabe ist, die sich nicht nur für Ratsuchende, sondern auch für die Kommunen rechnet, zögern noch eine Reihe von Landkreisen, diese einzurichten. Ostholstein will die äußerst erfolgreiche Pflegeberatung sogar schließen. Davon lässt sich die Landesregierung nicht beirren, sie bietet weiterhin einen bedeutenden Landeszuschuss für die örtliche Pflegeberatung an. Wer es ernst meint mit der Verankerung der Pflege in der Gesellschaft, sollte dieses Angebot annehmen, meine Damen und Herren von der CDU!
